

Braucht China noch deutsche EZ-Gelder?

Ein Pro und Contra von Ute Koczy (Bündnis 90/Die Grünen) und Eckart von Klaeden (CDU)

Die chinesische Entwicklung zählt im Moment zu den schillerndsten und vielschichtigsten Fragen der internationalen Politik: Einerseits verfügt China mit knapp einer Billion US-Dollar über die höchsten Währungsreserven der Welt, schickt „Taikonauten“ ins All und leistet sich eine Formel-1-Strecke. Andererseits leben in China rund 400 Millionen Menschen in absoluter Armut und das Land hat gravierende Probleme mit der stetig zunehmenden Umweltzerstörung aufgrund des rasanten industriellen Wachstums. Braucht so ein Land überhaupt noch Gelder aus dem Etat für Entwicklungszusammenarbeit (EZ)? Immerhin ist China einer der Hauptempfänger deutscher EZ-Mittel. Oder sollten die Chinesen Beratung und Unterstützung nur noch als bezahlte Dienstleistung von deutschen Firmen bekommen?

Ute Koczy

PRO: Die Lösung der chinesischen Probleme ist in unserem Interesse

Für eine nachhaltige Entwicklung Chinas muss jetzt gehandelt werden – ohne Menschenrechtsfragen zu vergessen

Die Volksrepublik China, die viertgrößte Volkswirtschaft der Erde, schickt Menschen ins Weltall, vergibt selbst Entwicklungsgelder – und ist zugleich größtes Entwicklungsland der Welt. Trotz des sensationellen Wirtschaftswachstums gibt es in China nach inoffiziellen Schätzungen noch um die 400 Millionen absolut Arme, nimmt man ein Tageseinkommen von zwei US-Dollar als Armutsgrenze. Diese Widersprüche bergen enorme Risiken. Gleichzeitig bieten sie Chancen für eine Entwicklungszusammenarbeit, die jedoch nie die Frage der Menschenrechte aus den Augen verlieren darf. Es fehlt bisher noch an Strategien, Verletzungen von Menschenrechten systematisch aufzugreifen und die Situation der Betroffenen zu verbessern.

Dabei liegt es in deutschem Eigeninteresse, sich in China zu engagieren und immer wieder zu überprüfen, inwieweit das Land selbst die Mittel der Zusammenarbeit aufbringen kann. China hat seinerseits das Interesse bekundet, auf allen politischen Gebieten mit Deutschland zu kooperieren. Auch weil es um die Lösung globaler Probleme geht, muss Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit mit China fortsetzen.

Planet in Gefahr

Erstens weil Chinas Wirtschaftswachstum nicht nachhaltig ist. Die Spitzen des wirtschaftlichen Erfolgs ziehen auch Höchstwerte an negativen Umweltfolgen nach sich – nicht nur in China selbst, sondern weltweit. Wenn nicht schnell gehandelt wird, um Chinas Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch zu entkoppeln, bedeutet das den endgültigen Ruin unseres Planeten.

Zweitens weil es trotz dieser scheinbar unlösbaren Herausforderung Grund zum Optimismus gibt. In der chinesischen Führung erkennt man, dass Umweltkosten in

Höhe von fast zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts ein elfprozentiges Wirtschaftswachstum zunichte machen. Entsprechend wächst die Einsicht, dass die Entwicklung des Landes nachhaltig gestaltet werden muss, was bislang nicht geschah.

Drittens weil China mit der Umsetzung dieses ehrgeizigen Zieles überfordert ist: Es fehlt vor allem an technologischem Know-how. Da Chinas Regierung dies und die Notwendigkeit des schnellen Handelns selbst erkennt, sucht sie internationale Hilfe. Viele Anfragen gehen an Deutschland, das

Ute Koczy ist entwicklungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.



wegen seiner fortschrittlichen Umwelttechnologien geschätzt wird. Es geht aber nicht um traditionelle Entwicklungshilfe: Es geht um eine Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse, deren potenzielle Gewinne für China und die Welt so groß sind, dass sie die Investitionen unbedingt rechtfertigen.

Viertens weil China in vielen Teilen der Welt auf eine strategische Rohstoffsicherung setzt und seine Beziehungen zu Entwicklungsländern systematisch ausbaut. Das muss nicht schlecht sein, ist es aber dann, wenn unabhängig von menschenrechtlichen, sozialen oder ökologischen Standards eine Politik der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ vereinbart wird. Wir haben vielmehr ein Interesse an einer rechtsstaatlichen und ökologisch nachhaltigen Entwick-

lung Chinas und der Einbindung des Landes in internationale Strukturen und Regelwerke. Die derzeit von China in einigen Ölländern Afrikas (etwa Sudan und Simbabwe) verfolgte Politik hebt sowohl Forderungen nach verantwortungsvollem Regierungshandeln als auch nach der Einhaltung sozialer und ökologischer Standards aus. Die Entwicklungszusammenarbeit bietet eine Plattform, über diese Fragen zu debattieren.

Zusammenarbeit bei Umwelt- und Ressourcenschutz

Wir sprechen uns dafür aus, den Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf den Umwelt- und Ressourcenschutz zu legen. Denn Deutschland verfügt über Wissen bei Energieeinsparung, Energieeffizienz und vor allem bei erneuerbaren Energien. Dies nach China zu übermitteln, ist kein grünes Steckenpferd, sondern schiere Notwendigkeit. Leider hat China die Entwicklungsmuster des Westens mit all ihren Fehlern wiederholt. „Erst entwickeln, später aufräumen“ ist jedoch keine Lösung – weder für China noch für unseren Globus. Die Industrien der „Weltfabrik“ China gehen mit Energie verschwenderisch um. Sie verbrauchen dreimal mehr Energie als im weltweiten Schnitt und achtmal mehr als in Deutschland.

Chinas Wirtschaft baut auf Kohle und Öl auf. Allein die in diesem Jahr neu gekauften Klimaanlage verbrauchen mehr Energie, als der gewaltige Drei-Schluchten-Damm überhaupt produzieren wird. Der riesige Energiebedarf wird hauptsächlich über Kohle gedeckt, aber auch die Ölnachfrage steigt wegen explodierender Autoverkaufszahlen massiv. Eine Strategie „Weg vom Öl“, die Verbreitung von Methoden und Verfahren zur Reduzierung der Abhängigkeit vom Öl sollte – eben auch mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit – gefördert werden.

Bei den erneuerbaren Energien ist das Land auf einem interessanten Weg: Das 2005 in China verabschiedete Erneuerbare-Energien-Gesetz schreibt vor, dass 2010 zehn Prozent der Gesamtenergieerzeugung aus erneuerbaren Energien kommen muss. Potenzial für Erneuerbare gibt es zu Genüge – gerade auch in den abgelegenen Ge-

bieten Westchinas, die noch keinen Zugang zu Elektrizität haben.

Beitrag zur Stabilisierung des Weltklimas

Eine unzureichende Umweltpolitik betrifft zunächst einmal die chinesische Bevölkerung. Nirgends auf der Welt sterben so viele Menschen an den Folgen von Luftver-

schmutzung. Und doch gilt, dass wenn in China gehustet wird, zumindest mittelbar die gesamte Welt eine erhöhte Temperatur verspürt. Umweltverschmutzung und Zerstörung der natürlichen Ressourcen, ineffizienter Energie- und Rohstoffgebrauch haben ganz erhebliche regionale und auch globale Auswirkungen. Schon heute ist China weltgrößter Schwefeldioxid- und zweitgrößter Kohlendioxid-Emitter. Die überragende

Zukunftsaufgabe heißt daher, mit einem ganzheitlichen Ansatz Entwicklungs-, internationale Umwelt-, Wirtschafts- und Außenpolitik zu verbinden. Im Übrigen sind die geringen finanziellen Mittel, die wir dafür einsetzen, eine gute und preiswerte Investition. Und das eigentlich immer mit erheblichen Vorteilen auch für deutsche Unternehmen und die Fortentwicklung deutschen Know-hows.

Eckart von Klaeden

CONTRA: China kann die Hilfe selbst bezahlen

Für eine nachhaltige Entwicklung Chinas muss jetzt gehandelt werden – ohne Menschenrechtsfragen zu vergessen

Die Volksrepublik China hat sich in wenigen Jahren zu einem mächtigen Schwellenland entwickelt. Es hat darüber seine außenpolitische Zurückhaltung abgelegt, vertritt seine vor allem wirtschaftlichen Interessen nachdrücklich – sowie in Konkurrenz zu deutschen Interessen – und schickt sich an, die globale Ordnung in seinem Sinne zu beeinflussen. Deutschland sollte deshalb seine klassische Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit China beenden.

Seit mehr als zehn Jahren hat China ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich

lässig die Zahl der auf Taiwan gerichteten Raketen. Peking ist selbst in anderen Ländern entwicklungspolitisch tätig und weitet systematisch mit Hilfe der EZ seinen politischen Einfluss – vor allem in Afrika, aber auch in Lateinamerika – aus. Das Ziel ist dabei, den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen oder Produkten für die chinesische Wirtschaft und das chinesische Militär zu sichern.

China erhält die meisten EZ-Gelder

Deutschland hat den ökonomischen Aufschwung Chinas seit 1981 mit EZ-Mitteln von über 2,8 Milliarden Euro begleitet. Seit Jahren erhält China die weltweit höchste Leistung deutscher EZ. Noch 2005 sagte die Bundesregierung 68 Millionen Euro EZ zu. Für China ist Deutschland zweitgrößter bilateraler Geber. Sicherlich bleibt in China noch viel zu tun: Weiterhin leben hunderte Millionen Chinesen in bitterer Armut oder verdingen sich als Wanderarbeiter. Zudem hat der Drang zum ökonomischen Erfolg zu schweren ökologischen Belastungen in China geführt.

Gleichwohl bleibt festzuhalten: Jeder Staat ist in erster Linie selbst für das Wohl seiner Bevölkerung verantwortlich. Dies gilt nicht minder für China. Erst wenn der jeweilige Staat sich nicht selbst helfen kann, ist die internationale Solidarität am Zug. EZ ist letztlich vor allem Hilfe zur Selbsthilfe. China mit seinen beeindruckenden ökonomischen Daten ist in der Lage, seiner Verantwortung selbst gerecht zu werden. Wir sollten die chinesische Regierung aus dieser auch nicht entlassen. Dass wir unsere EZ beibehalten sollten, weil wir darüber unseren Einfluss in Peking maßgeblich erhöhen, ist angesichts der Stärke Chinas zu bezweifeln.

Sicherlich hat Deutschland ein Interesse an einer Entwicklung in China hin zu Stabilität, zu mehr Rechtsstaatlichkeit, Umweltschutz und effizienter Energieerzeugung. Ein verlässlicher Rechtsstaat führt zu mehr Planungssicherheit für deutsche Unternehmen, die mit China Handel treiben oder dort investieren wollen. Viele deutsche Unternehmen beklagen, dass in China ihr Recht auf Patentschutz massenhaft gebrochen wird. Die Verbesserung des Umweltschutzes in China dient auch dem weltweiten Ökosystem. Der wachsende Rohstoffhunger Chinas verknüpft in einem globalen Markt die Rohstoffe auch für uns, weshalb es in unserem Sinn ist, wenn China beginnt, alternative Energiequellen zu erschließen sowie die Energie effizient zu nutzen.

EZ bereits erfolgreich

Weil China selbst ein Interesse an Entwicklung auf diesen Feldern hat und nun über die notwendigen finanziellen Mittel verfügt, sollten wir unsere Leistung und Beratung nicht einmal mehr in Verbindung mit Darlehen, sondern vornehmlich gegen Bezahlung anbieten. Durchaus befürwortete ich, den Einstieg deutscher Unternehmen in China zu unterstützen, beispielsweise mittels Beratung zu einem effektiven Patentschutz. Diese Unterstützung ist jedoch nicht mehr klassische EZ. Ebenso ist der Ausbau der Wissenschaftskooperation mit China sinnvoll, die unser Verständnis von China vergrößert, unsere Kontakte ausweitet und mittels derer wir Einfluss auf die Entwicklung Chinas nehmen können. Im Augenblick bilden US-amerikanische Eliteuniversitäten mit Spezialprogrammen die Führungselite Chinas fort und lassen sich dies teuer bezahlen. Wir bieten Ähnliches nicht an. Dabei hätten wir auf einigen Politikfeldern Modelle anzubieten, die die Chinesen eher interessieren dürften als die US-amerikanischen Vorschläge.

Gerade die EZ muss ihre Arbeit und Ergebnisse ständig prüfen. Denn sie ist darauf ausgerichtet, sich überflüssig zu machen. Erkennen wir doch, dass sich in China der mit der klassischen EZ bezweckte Erfolg weitestgehend eingestellt hat.



Eckart von Klaeden ist außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

acht Prozent erzielt. Bei gleichbleibendem Wachstum wird es Deutschland in vier Jahren bei der Wirtschaftsleistung überholt haben. Das deutsche Defizit im Handel mit China betrug 2005 bereits 18,6 Milliarden Euro und wächst weiter. China verfügt mit 900 Milliarden US-Dollar über die höchsten Währungsreserven der Welt. Längst ist China nicht mehr das Land, das ausschließlich Billigwaren herstellt, sondern ein schnell wachsender Hochtechnologie-Standort: Es beherrscht die Fähigkeit, „Taikonauten“ in die Erdumlaufbahn zu bringen, und bildet jährlich über 200.000 Ingenieure aus. China wendet erhebliche Mittel für den Ausbau und die Modernisierung seiner Streitkräfte auf, um überregional einsatzfähig zu sein, und erhöht unab-